

DER GERADE WEG

München
10. Dezember
Jahrgang 1948
Nummer 1
16 Seiten

Verlag
München 15
Paul Heyse-
Straße 2-4
Preis 50 Pfg.

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

BAYERN SETZT SICH DURCH

Die allgemeine Erwartung, daß die Krise von Schlange-Schöningen, den Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Finanzströmung des Wirtschaftsplanes am 3.12.1948 ihren Höhepunkt und ihr Ende finden würde, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr dauert diese Vertrauenskrise gegen Schlange-Schöningen unvermindert fort.

Nun ist schon viel für und gegen die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geschrieben und gesprochen worden. Aber der Hauptgrund, der die CSU in Bayern und als ihren Wortführer, das stellvertretende Ministerpräsidenten Dr. Josef Müller, veranlaßt, gegen Schlange-Schöningen aufzutreten, ist ohne Zweifel der zentralistische Kurs der Landwirtschaft- und Ernährungspolitik, in dem sich Schlange-Schöningen trotz seiner gegenseitigen Versprechungen nicht und weit hinausließen ließ und der sich besonders gegen Bayern richtete. Mit Recht hat Dr. Müller zu Beginn dieser Krise in einer Fraktionssitzung der CDU-CSU darauf hingewiesen, daß gerade er immer wieder in den Zeiten der Hungernot für übergeordnete Leistungen Bayerns in das Ruhrgebiet und nach Italien eingetreten sei. Er wolle aber dafür auch sehen, daß Bayern nicht immer wieder von der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Prügelknabe hingestellt und behandelt werde, daß man Kartellkriege entfessle, mit Sanktionen drohe, während gerade die bayrische Forderung immer wieder, trotz gewisser politischer Nachteile in Bayern selbst, ihren gesamtdeutschen Verpflichtungen nachkommen sei.

Darauf kann man, daß nicht etwa allein Bayern die Generallinie der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bekämpfen muß, sondern daß die Berufsorganisationen der Landwirtschaft, die Bauernverbände, an ihrer Spitze Dr. Andreas Hermes, schon seit geraumer Zeit den Zick-Zack-Kurs mit Sorge beobachtet und schließlich den Rückfall in die sterilen und veralteten Methoden der Zwangswirtschaft rundweg ablehnten. So hat sich die bayrische Kritik an der Politik Schlange-Schöningers mit der Einstellung aller deutschen Bauernverbände gedockt. Sie war also nicht Änderung eines bayrischen Egoismus, sondern berechtigter Ausdruck der grundsätzlichen föderalistischen Haltung der CSU in Bayern und entsprach gleichzeitig dem Wunsch der gesamten deutschen Landwirtschaft.

Schlange-Schöningen hat offensichtlich darauf bestanden, in der Finanzströmung am 3.12.1948 auf eine Anfrage der SPD über den Stand der landwirtschaftlichen Ablieferung einen grundsätzlichen Rechenschaftsbericht für seine Tätigkeit im Laufe der letzten 1/2 Jahre abzugeben. Er hat in dieser außerordentlich geschickten Rede von dem Wunder gesprochen, daß trotz unüberwundlicher erscheinender Schwierigkeiten

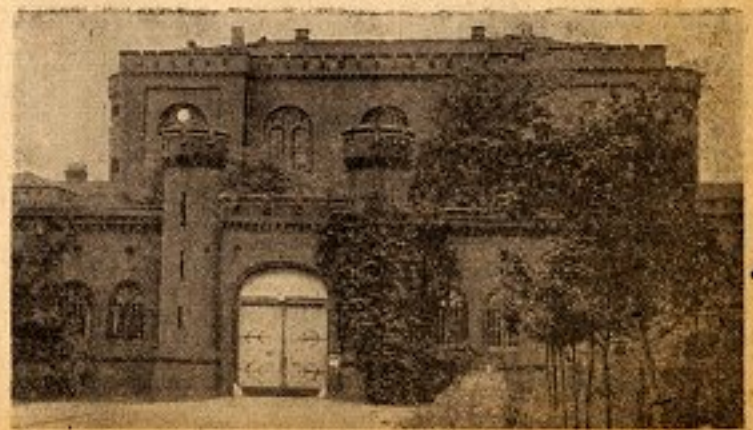
die Bevölkerung in den Westzonen die letzten drei Jahre überstanden habe.

In hehrlicher Weise sprach er davon, daß das Schicksal eines Straflagers, wozu er offensichtlich sich selbst meinte, in dieser Zeit sicher bedeute und erkläre am Schluß seine Bereitschaft zum Rücktritt, wenn es im Interesse der Sache notwendig sei. Die Verhöhnung von die Leistungen in seinem Amte habe er mit seinen Mitarbeitern, dem Ministerialdirektor Podewitz (SPD) und dem Staatsrat Dr. Niklas (CSU), in bescheidener alle Gerichte, wozu er durch Krankheit zum Rücktritt gezwungen wurde, als unbeschädigt und fügte hinzu, er habe sich nie getraut, als im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die von ihm angeführte Statistik, übrigens des einzigen Zahlenmaterials, das er in dieser Rede brachte, stellte den Stand der Ablieferung an Roggengetreide des Jahres 1948 dem Ablieferungsstand zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1947 gegenüber. Dabei kam Bayern mit einer Ablieferung von 40% im letzten Jahre und von 18% in diesem Jahre am schlechtesten weg.

Bereits in der Sitzung des Wirtschaftsrates berechnete der Abgeordnete Schwamberger für Württemberg-Baden die von Direktor Schlange-Schöningen gebotenen Zahlen als lächerlich, während das Bayerische Landwirtschaftsministerium den Stand der Getreideablieferung auf 24% angibt.

Der Sprecher der SPD, Abgeordnete Klöckmann, sprach dem Direktor Schlange-Schöningen Verzeihen und Dank dafür aus, daß er einem letzten Rest an staatlicher Ordnung und ein Minimum an Ernährungsicherheit für die sozial Schwachen aufrecht erhalten habe. Mit dieser Absicht verstand er eine scharfe Ablehnung der Wirtschaftspolitik Eberhards, denn er die Schuld daran gab, daß der Ablieferungsstand der Landwirtschaft so stark nachgelassen habe und daß die Lebensmittel zu freien Preisen außerhalb der Wirtschaftung verkauft würden. In Kriegsmanier Ausfahrungen hätte man von warmen Herzen der SPD für den Bauernstand, der durch die schlechte Wirtschaftspolitik ruiniert wurde, und man fragte sich verwundert, warum das warme Herz der SPD für den Bauernstand nicht bei den Bemühungen zum Lastenausgleich genau so heftig geschlagen habe, und warum gerade die SPD unter anderen Maßnahmen gegen die Landwirtschaft eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Einzelwerte gefordert hat.

Als Sprecher der Fraktion der CDU-CSU im Wirtschaftsrat trat der Abgeordnete Franz Strauß (CSU) in einem kritischen Stadium der Debatte auf. Zunächst dankte er der SPD und dem Abgeordneten Klöckmann für das Vertrauen und den Dank, das sie dem von der CDU-CSU gewählt und s. Zt. von der SPD (Fortsetzung auf Seite 10)



Der Rest zweier Träume.

Bayern wurde befreit; Fliegen werden gelöst. — Beide wurde befreit. Die Luftküche kam. Er konnte den... (The text is partially obscured and difficult to read in this scan.)

Pressepolitik

Von Dr. Josef MÜLLER, Landesvorsitzender der CSU.

Ein Politiker, der die Presse fürchtet, ist kein Politiker. Öffentliche Diskussion ist eines der wesentlichsten Mittel moderner Politik. Die Angst, öffentlich zu jeder Frage Rede und Antwort zu stehen, entpringt entweder dem schlechten Gewissen oder dem Bewußtsein von unklaren Motiven in eigenen Händen.

Für den politisch tätigen Menschen ist ein persönliches Verhältnis zur Presse Voraussetzung. Hat er dieses nicht, wird er leicht mißverstanden und seine Haltung, oft ohne Schuld des Journalisten, in das Gegenteil dessen, für das er kämpft, umgedeutet. Bestimmt man jedoch das Vertrauen der Vertreter der öffentlichen Meinung, so ist es für richtig, ihnen das gleiche Vertrauen entgegenzubringen. Man informiert die Presse, wenn man klug ist, über das hinaus, was aus taktischen Gründen an die Öffentlichkeit gelangen soll, denn nur dann hat man die Gewähr dafür, daß man verstanden und richtig interpretiert wird. Vertrauen schafft wieder Vertrauen. Und ein Journalist, der es mißbraucht, verstoßt sich seine günstige Position.

Daß es diesen Wochen langsam gelingt, der sogenannten freien Linienpresse eine konkurrenzfähige Parteipresse entgegenzusetzen, ist ein Zeichen für die günstige Entwicklung unseres politischen Lebens. Die Bedenken der uns kontrollierenden Militärregierung, daß Parteipresse das Niveau der öffentlichen Diskussion auf ein unerträgliches Maß herabdrücken und zu einer Verfälschung der Nachrichtenübermittlung führen könnten, sind im Schwand begriffen. Es kommt jetzt darauf an, zu zeigen, daß sie grundlos sind. Denn nur auf diese Weise ist eine der Hauptvoraussetzungen für die Entwicklung einer zünftigen und fruchtbareren Parteipresse gegeben: die gesunde wirtschaftliche Grundlage. Solange es nicht gelingt, das Monopol der unter heute nicht mehr gültigen Gesichtspunkten ausgewählten Linienpresse zu brechen (wie es notwendig ist, jedes Monopol zu brechen), solange wird gerade das verhindern sein, wodurch die Militärregierung sich bisher abhalten ließ, Parteipresse zuzulassen: eine einseitige Orientierung der Öffentlichkeit. Die Parteipresse, wie wir sie wünschen, wird nämlich unbedingt objektiv, offen und ehrlich sein. Es wird ihr nicht erlaubt sein, Gerüchte, auch unter dem Zusatz, daß es Gerüchte seien, in die Welt zu streuen, denn jedes noch so unsinnige Gerücht hat, wenn es einmal durch die Zeitungen gegangen ist, seine verderbliche Wirkung. Es wird ihr nicht gestattet sein, ungünstige Nachrichten zu unterdrücken und

günstige aufzubewahren. Der Versuch zur Meinungsbildung gehört in den Kommentar.

Diese Grundgesetze für die Redaktion unserer Parteipresse werden den einzelnen Redakteuren jedoch nicht von Landesvorsitzenden oder irgendwelchem Gremium der Partei vorgegeschrieben. Sie sind die Grundgesetze jedes anständigen Journalisten, die er sich von selbst gibt, wenn er seinem Beruf nicht Unreue machen will. So ist die Freiheit der Redakteure dieser Zeitung nur beschränkt durch ihr eigenes Gewissen und durch die Tatsache, daß sie sich im Augenblick der Mitarbeit in unserem Blatt zu den Zielen unserer Partei bekennen.

Die heute zum ersten Male als Parteipresse der CSU erscheinende Ausgabe der Wochenzeitschrift „Der Gerade Weg“ wird nur auf diese Weise eine wirkliche Identität unserer Partei sein. Wir werden mit ihrer Hilfe zu fruchtbarer Diskussion gelangen im Ringen um die Probleme. Denn unsere Entscheidungen liegen nicht fest durch Vereitelte oder Doktrinen. Sie müssen erstritten werden. Wenn der Parteivorstand also von seiner Presse Objektivität fordert, dann um des Geduldens der Partei selbst willen. Das neue Parteipresse wird eine Zusammenfassung der Meinungsbildung der Partei darstellen und die Lebendigkeit des politischen Lebens in unserer Partei wiedergeben. Es wird aber auch das Wesen der Christlich-Sozialen Union noch weiterhin repräsentieren, wird uns Farbe und Profil geben, für uns Sprechrohr und Ohr sein. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß sich alle unsere Parteimitglieder und Parteifreunde der Wochenzeitschrift „Der Gerade Weg“ in diesem Sinne bedienen.

Zur zweiten Währungsreform

Von amtlicher Seite wird bestätigt, daß im Verlauf von vier Jahren nach dem Inkrafttreten der ersten Währungsreform ein noch völliger Geldtausch zu erwarten ist. Bei diesem Umtausch werden auf jeden Fall die Bankguthaben im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden. Im übrigen sollen die Bestimmungen des während des zweiten Geldumtausches in Österreich durchgeführten Maßnahmen ähnlich sein. Um in die Vergütung des 1:1 Umtausches zu gelangen, muß das Geld zu einem bestimmten Termin vor Bekanntheit des Umtausches auf den Banken liegen. Die Höhe des Bankguthabens hat auf die Umtauschquote keinen Einfluß.



Es ist gar nicht so lächerlich — Foto Schöffel.

wie es aussieht. Die ERP-Cowdington debattieren nämlich über Fragen des europäischen Währungsbaus. Prof. Hans Trautwein, der sich mit Marshall völlig über eine gemeinsame Weltarbeit geeinigt hat, konferiert mit dem ERP-Abteilungsleiter Paul C. Hoffman und dem ERP-Gesandten Averell Harriman (rechts) über das Hilfsprogramm. Hoffman ist inzwischen zur erneuten Inspektion der Douanengebäude in London abgepfiffen, und wird sich von dort aus zu einem Studienbesuch nach China begeben. Man hofft, daß Harriman dabei die Leber nicht vergeht.